

Kongress 7. – 9. 10. 2005 in Wien

Grundeinkommen - In Freiheit tätig sein

Podiumsgespräch

Harald Rein

Thesenpapier zu bedingungslosem Grundeinkommen

1.

Existenzgeld ist eine Antwort von Erwerbslosen, SozialhilfebezieherInnen und prekär Beschäftigten auf Armut, Arbeitslosigkeit und unterbezahlte Beschäftigung. Damit ist ein radikal anderes System der Existenzsicherung verbunden.

2.

Bereits Anfang der Achtziger Jahre verlangte ein gewichtiger Teil der Arbeitslosengruppen in Deutschland ein „Recht auf Einkommen“. Provokativ und selbstbewusst setzten sie gegen den Anspruch nach „Arbeit für Alle“, die Forderung. „Wir wollen 1500 DM für Alle (mit Inflationsausgleich und keine faulen Tricks)“. Seitdem ist die Protestbewegung der Erwerbslosen und prekär Beschäftigten die einzige in der das Existenzgeld als bedingungsloses Grundeinkommen eine wichtige politisch-inhaltliche Rolle spielt. Gleichzeitig sorgt sie auch maßgeblich für die Verbreitung und Auseinandersetzung mit dieser Forderung z.B. auf Aktionskonferenzen, in Gewerkschaftsgliederungen und auf anderen gesellschaftlichen Ebenen.

3.

Dass es gerade Erwerbslose waren, die eine Forderung nach Existenzgeld entwickelten, hing damit zusammen, dass sie praktisch als erste erkannten, dass Versprechungen der Politik und Wirtschaft nach Vollbeschäftigung in der Realität scheiterten und in der Regel Erwerbslose am ehesten geeignet waren (und sind) eine Lebensperspektive in Frage zu stellen, die ausschließlich die Lohnarbeit als Sinn des Lebens akzeptiert.

4.

Bedingungen zu setzen, also Auflagen zu erteilen, für den Erhalt von materieller Unterstützung, heißt in Zeiten einer immensen Produktivitätssteigerung mit immer geringer werdendem Arbeitskräfteeinsatz „Arbeit selbst zum herstellenden Produkt“ (G. Anders) werden zu lassen oder „Brücken“ in den ersten Arbeitsmarkt zu bauen, die zwangsweise errichtet werden, aber schnell als Luftnummern wieder in sich zusammenbrechen, um dem nächsten Beschäftigungsprogramm zu weichen. Der Realität einer nichtwiederkehrenden Vollbeschäftigung wird die Praxis von erzwungenen Arbeitseinsätzen entgegengesetzt.

5.

In den Siebziger Jahren gab es in Deutschland eine Diskussion über die Sinnhaftigkeit und Zerstörungskraft von kapitalistisch organisierter Lohnarbeit. Diese verschwand in dem Maße, wie es weniger Arbeitsplätze gab und moralischer Druck zunahm, keine Ansprüche mehr an Lohnarbeit zu stellen. Sie wird als gesellschaftlich notwendig erachtet und als Grundlage sozialer Integration angesehen.

Es mag stimmen, dass der Mensch tätig sein will, aber will er deshalb auch Lohnarbeit? „Freiheit ist das Leben als Tätigkeit, nämlich als autonomes, selbst bestimmtes Handeln“ (R. Dahrendorf). Entfremdete, abhängige Erwerbsarbeit wird damit ausgeschlossen. Dennoch gilt in der Gesellschaft als wahres Tun nur die Lohnarbeit. Erwerbslosigkeit erhält das ideologische Klischee des Nichtstuns; Glück und Arbeitslosigkeit schließen sich aus. Mit

entsprechendem materiellem und moralischem Druck wird so die Entwicklung von Lebensentwürfen, die sich nicht am Lohnarbeitsmodell orientieren und die nicht von Konsumismus und Leistungsethik getragen sind, be- und verhindert.

6.

An den Erhalt eines Existenzgeldes dürfen keine Bedingungen gestellt werden, außer, dass es ausreichend sein muss, da es sich sonst ad absurdum führen würde oder auf Kombi-Lohn Basis fungiert. Weder Bedürftigkeitsprüfungen (Vermögen, Einkommen Partner/Partnerin) noch der Zwang zur Aufnahme einer irgendwie gearteten Arbeit sind zu akzeptieren. Existenzgeld steht im Kontext sozialer Grundrechte, die unveräußerlich sind, sie sind nicht Ergebnis eines Tauschvertrages und deshalb kann nicht mit ihnen gehandelt werden.

7.

Bedingungslosigkeit ist auch deshalb wichtig, weil Erwerbslose im Namen von Bedingungen beruflich degradiert und erniedrigt werden, zu unsinnigen Trainingsmaßnahmen, Weiterbildungen, Coachings, Profilings, Eingliederungsseminaren, Bewerbungstrainees usw. gezwungen werden und schließlich in 1€Jobs verschwinden, nur um einige Fürsorgeeuros im Monat zu beziehen. Auf der Strecke bleiben Lebensentwürfe, positive Erwartungen, Eigeninitiative und Phantasie.

8.

Erwerbslose leiden weniger unter fehlenden Arbeitsplätzen, als vielmehr unter materiellen Entbehrungen und systematischen Entwürdigungen auf den für sie zuständigen Ämtern. Viele Erwerbslose sind ohne Erwerb, aber dennoch tätig. Sie engagieren sich in politischen, künstlerischen, kooperativen, sportlichen oder anderen gesellschaftlichen Bereichen. Legen den Schwerpunkt ihrer Tätigkeit auf Hausarbeit, Kindererziehung etc., erhalten aber dafür keine ausreichende finanzielle Unterstützung.

Die Möglichkeit, ohne materiellen Druck und ohne Zwang zur Lohnarbeit zu existieren, ist unabdingbare Voraussetzung für die Entfaltung von sozialer Phantasie und wirklicher Innovation zur Umgestaltung gesellschaftlicher Verhältnisse, oder wie es Andre Gorz formuliert: „Nur die Bedingungslosigkeit kann die Unbedingtheit der Aktivitäten wahren, die nur um ihrer selbst willen ausgeführt sinnvoll sind.“

9.

Grundsicherungsmodelle, wie die „Grundsicherung für Arbeitssuchende“ (Arbeitslosengeld II) können keine Alternative darstellen. Als Vorrang gilt in diesem Kontext die Erwerbsarbeit, mit dem Ziel der Integration in den Arbeitsmarkt. Daneben soll eine Sicherung des Existenzminimums erfolgen, für diejenigen, die aus unterschiedlichen Gründen nicht am Erwerbsarbeitsprozess teilnehmen können. Voraussetzung ist der Bedarfsfall, d.h. es gibt eine Bedürftigkeitsprüfung. Die sozialen Sicherungssysteme sollen in diesem Sinne reformiert werden, sie bleiben von der Struktur her unangetastet.

Demgegenüber steht die Voraussetzungslosigkeit des Erhaltes von Existenzgeld. Es existiert ein Rechtsanspruch, d.h. jedem einzelnen Bürger wird eine ausreichende materielle Absicherung zuerkannt. Also keine Bedürftigkeitsprüfungen und keine Abhängigkeit von zu leistenden Arbeiten. Die Sozialsysteme werden ersetzt.

10.

Was wäre ein Existenzgeld unter kapitalistischen Bedingungen?

Dazu drei Beispiele:

Ulrich Beck antwortete auf die Frage „Geht es bei der Bürgerarbeit um freiwilliges Engagement oder Pflicht?“: „Mir steht wesentlich ein freiwilliges Engagement vor Augen.“

Allerdings könnte ich mir vorstellen, das Jugendliche schon aufgefordert werden, sich mit einer gewissen Verbindlichkeit zu engagieren.“

Oskar Negt spricht im Zusammenhang mit materiellen Sicherungsgrenzen von einem Grundeinkommen, „das gewiss nicht üppig ausfallen dürfte.“

Michael Opielka spricht von einem „partiellen Grundeinkommen“. Es soll in Form eines „Bafög für alle“ ausbezahlt werden. Wer sich „am Arbeitsmarkt orientiert“ erhält volles Grundeinkommen ohne Anrechnung sonstiger Einkommen und Unterhaltsansprüche. Wer nicht arbeitsbereit ist erhält „50 Prozent des Grundeinkommens als Darlehen“. Dieses kann entfallen, wenn der Betroffene bereit ist „in angemessenem Umfang“ gemeinnützig tätig zu sein. Das heißt, er knüpft an den Bezug von Grundeinkommen Bedingungen und bestätigt die Dominanz der Lohnarbeit. Nach Opielka ergibt sich so keine Arbeitsverpflichtung, sondern eine „Botschaft der Wahlfreiheit“. Resultat wäre dann der „Freie Bürger“ mit einer Menge Schulden.

11.

Existenzgeld muss allen Menschen, unabhängig von Nationalität, Geschlecht und Familienstand und ohne Arbeitszwang ein ausreichendes Einkommen [zur Höhe und Finanzierung orientiere ich mich an den Berechnungen und Ausführungen der „Bundesarbeitsgemeinschaft der Erwerbslosen- und Sozialhilfeinitiativen“ (BAG-SHI) 800 Euro plus entsprechende Wohnkosten (letzte Berechnung 2002)] garantieren. Jeder hat einen Rechtsanspruch, unabhängig von vorheriger Erwerbsarbeit und von der Bereitschaft, sich dem Arbeitsmarkt zur Verfügung zu stellen. Eine Bedürftigkeitsprüfung findet nicht statt. Existenzgeld ist bedingungslos.

12.

Der Anspruch auf Existenzgeld geht von Bewusstseinsveränderung aus und schließt die Notwendigkeit der Umwälzung der alltäglichen Lebensverhältnisse (Konsum, soziale Beziehungen, Akzeptanz verschiedener Lebensentwürfe etc.) ein. Gleichzeitig knüpft sie an bestehende soziale Kämpfe an (gegen die Agenda 2010, für eine Erhöhung von Arbeitslosengeld I und II, für den Nulltarif in öffentlichen Verkehrsmitteln sowie in Bildungs- und Kultureinrichtungen usw.). Ohne eine breite Bündnispolitik mit möglichst vielen sozialen Bewegungen wird das Konzept Existenzgeld scheitern. Deswegen stehen die Forderungen nach einer Arbeitszeitverkürzung bei vollem Lohn- und Personalausgleich, sowie ein ausreichender Mindestlohn ebenfalls auf unserer Agenda.

13.

Ergänzung könnte die Forderung nach Existenzgeld mit dem Vorschlag der Frankfurt Gruppe „links-netz“ (www.links-netz.de) nach Ausbaus einer umfassenden sozialen Infrastruktur als Alternative zum lohnarbeitsbezogenen Sozialstaat finden. Sozialpolitik hätte demnach die Aufgabe der Sicherung „der Infrastruktur für alle Arten von Arbeit, für das Betreiben des eigenen Lebens und aller dazugehörigen Tätigkeiten“. Ausgehend von der Kritik an Konzepten der Vollbeschäftigung und der notwendigen gesellschaftlichen Anerkennung anderer Tätigkeitsbereiche muss Sozialpolitik von der bestehenden Bindung an Lohnarbeit „und, soweit sie Infrastruktur darstellt, vom Versicherungsprinzip“, gelöst werden. Die Gruppe sieht einen direkten Zusammenhang zwischen einem Grundeinkommen und der sozialen Infrastruktur. „Die Grundsicherung hätte die Bedürfnisse abzudecken, die nur warenförmig, d.h. nicht über die ausgebaute soziale Infrastruktur befriedigt werden können ... Im Zentrum steht die soziale Infrastruktur, die notwendige Güter und Dienstleistungen kostenlos für alle zur Verfügung stellt und die dezentral und demokratisch verwaltet werden muss ... Dies reicht von Bildung und Ausbildung über Gesundheitsvorsorge bis hin zu Wohnen und Verkehr.“ Das

Grundeinkommen „hätte die Bedürfnisse abzudecken, die nur warenförmig, d.h. nicht über die ausgebaute soziale Infrastruktur befriedigt werden können“.

„Tatsächlich sollen alle essen (und Wohnung und Kleidung haben und die gesellschaftliche Infrastruktur benutzen), völlig unabhängig davon, ob sie aktuell ihre Arbeitskraft als Lohnarbeit verkaufen. Diese Grundausstattung des gesellschaftlichen Lebens kann und muss man sich nicht „verdienen“, nicht durch Lohnarbeit und nicht durch Einzahlungen in eine Versicherung. Gesellschaftlicher Fortschritt besteht „links“ darin, Lohnarbeit auf das Notwendigste zu reduzieren und dieses Minimum möglichst gleich zu verteilen, damit wir alle für die anderen Arbeiten frei werden, aus denen das Leben und das gesellschaftliche Zusammenleben besteht. „Freie Assoziation“ der Produzenten, der Liebenden, der Haushaltsmitglieder, der Lehrenden und Lernenden, der Umsorgten und der Versorger und was es sonst an gesellschaftlichen Verhältnissen von mehr oder weniger Dauer geben mag. Die „Freie Assoziation“ schließt ein, dass man weggehen und das man allein bleiben kann, wenn und wann man will.“ (H. Steinert)

Ähnlich wie beim Existenzgeld wird die Einführung eines Grundeinkommens mit gesellschaftlichen Veränderungen verknüpft.

Auch der spanische Vorschlag einer „renta basica“ orientiert sich an solcherart Überlegungen. Während ein Teil des Grundeinkommens für den Eigenverbrauch gedacht ist, wird der andere Teil für Investitionen in gemeinschaftliche Aufgaben benutzt (Gesundheitswesen, Erziehung, Wohnen, Transport, Umwelt, Alternative Ökonomie usw.). Dabei gehen die spanischen Vordenker davon aus, dass die Investitionen in Gemeingüter verstärkt werden sollen. Da nicht alle Bedürfnisse individuell befriedigt werden können, sind kollektive Werte notwendig „Der Sinn für gemeinschaftliches Gut soll dem weit verbreiteten Individualismus entgegengesetzt werden. Partizipative Ansätze der Bürgerbeteiligung beim Einsatz der Mittel sollen gefördert werden.“ (J. I. Fernandez)

14.

Existenzgeld und Versicherungsleistungen müssen miteinander verbunden werden. Notwendig ist deshalb ein Existenzgeld als Sockel, dessen Höhe unabdingbar über dem derzeitigen Arbeitslosengeld II-Sätzen zu liegen hat. Für Personen, die in ihrer zurückliegenden Erwerbsarbeit in die Sozialversicherungen einbezahlt haben, erhöht sich dieser Betrag anteilig um die Summe, die ihnen ohnehin aus ihren Beiträgen zufließen würde. BezieherInnen von Niedrigeinkommen steht eine Aufstockung in Höhe des Existenzgeldes zu. Dies wird sowohl durch Sozialversicherungsbeiträge als auch durch eine Umverteilung von Steuereinnahmen realisiert.

Das Existenzgeld hätte die Funktion einer Mindestrente, eines Mindestlohns, eines Mindesteinkommens aus Lohnersatzleistungen und der Hilfe zum Lebensunterhalt; es gilt auch als Mindestkrankengeld. Dies betrifft all diejenigen, die nicht lohnabhängig waren, die über ein Niedrigeinkommen verfügen oder bei denen die Leistungen aus der Sozialversicherung unter dem Existenzminimum liegen.

Als Zwischenschritt ist bereits heute die Sockelung durch ein so gestaltetes Existenzgeld realisierbar.

15.

Als ausgezahlte Geldleistung aus dem in den kapitalistischen Industrienationen angehäuften Reichtum hat das Existenzgeld die bestehende Weltwirtschaftsordnung zur Voraussetzung. Dieser Widerspruch - nämlich die bestehenden Verhältnisse zu kritisieren und gleichzeitig Forderungen auf ihrer Grundlage zu formulieren – liegt auf der Hand. Die Forderung nach Existenzgeld durchbricht jedoch eines der grundlegendsten Gesetze des Kapitalismus: den Zwang zur Lohnarbeit, und zielt damit auf einen Entwurf einer politischen und sozialen Utopie von Emanzipation. In diesem Zusammenhang geht es auch um die Aufhebung der

geschlechtshierarchischen Arbeitsteilung und um die Frage wie die gesellschaftliche Produktion und Verteilung organisiert werden muss.
In diesem Sinne begreifen wir den Weg zur Realisierung unserer Forderung als Teil der weltweiten Kämpfe um die Befreiung von Herrschaft.

16.

Existenzgeld in seiner reinen Form ist unter kapitalistischen Bedingungen nicht realisierbar. Sie beinhaltet und fordert die Perspektive einer anderen Gesellschaft ein. Dennoch: das ausschließliche Starren auf grundlegende Gesetzmäßigkeiten der kapitalistischen Akkumulationsdynamik negiert das mehr oder minder starke Einwirken einer Vielzahl von Faktoren, wie kulturelle Normen und Wertvorstellungen sowie von gesellschaftlichen Kräfteverhältnissen. „Solange die Gesellschaft nicht revolutionär umgewälzt wird, muss das Kapital weiter Profite machen können. Dies kann aber unter gesellschaftlich kontrollierteren Bedingungen geschehen. Was mit dem Konzept der sozialen Infrastruktur angezielt wird, ist eine „radikaler Reformismus“. Dieser zeichnet sich dadurch aus, dass eine grundlegende Veränderung der Vergesellschaftungsverhältnisse, d.h. der Form der Arbeit und Arbeitsteilung, der Geschlechterverhältnisse, der Konsumweisen u.v.a.m. angestrebt wird. Dies ist nur als schrittweiser Prozess vorstellbar, weil es auch um die Veränderung von Wertvorstellungen und Verhaltensroutinen geht...Es bedarf ... einer sozialen Bewegung, die nicht nur politische Kraft entfaltet, sondern alltagspraktisch wirksam wird...Ob und wie sie Wirklichkeit werden, hängt davon ab, dass sich in der Gesellschaft selbst neue Denkhorizonte und neue Formen sozialer Praxis durchsetzen.“ (J. Hirsch)

*

„Eine Gesellschaft, die mir möglich macht, heute dies, morgen jenes zu tun, morgens zu jagen, nachmittags zu fischen, abends Viehzucht zu treiben, nach dem Essen zu kritisieren, wie ich gerade Lust habe, ohne je Jäger, Fischer, Hirt oder Kritiker zu werden.“ (K. Marx)